

Malta

Heinz-Jürgen Axt

Wer Neubürger der Europäischen Union werden möchte, hat dazu nicht nur im krisengeschüttelten Zypern, sondern auch in Malta gute Chancen. Der zyprische Präsident Nikos Anastasiades hatte im April 2013 Ausländern, die mindestens drei Millionen Euro in Zypern anlegen, die Staatsbürgerschaft angeboten. Bisher mussten dafür mindestens zehn Millionen Euro bereit gestellt werden. Mit diesen Maßnahmen sollte insbesondere der Schaden für die russische Business-Gemeinde in Folge der Umstrukturierungsmaßnahmen im Bankensektor begrenzt werden. Im Januar 2014 soll der Ertrag des Staatsbürgerschaftsprogramms fast 300 Millionen Euro erreicht haben. In Malta sollen Ausländer aus Nicht-EU-Ländern die Staatsangehörigkeit des kleinsten EU-Landes erwerben können, wenn sie 650.000 Euro für den Pass zahlen und eine Gesamtinvestition von 1,15 Millionen Euro tätigen. Damit will die sozialdemokratische Regierung von Ministerpräsident Joseph Muscat die Staatskasse auffüllen. Bei geplant 1.800 Pässen hätte das Programm über eine Milliarde Euro der maltesischen Staatskasse gebracht. Ein ständiger Aufenthalt auf der Insel war als Voraussetzung für den Erwerb der Staatsbürgerschaft nicht vorgesehen. Nach Protesten der konservativen Opposition legte die Regierung Ende 2013 einen neuen Entwurf vor. Danach sollen die Namen der Investoren veröffentlicht und maximal 1.800 Pässe im Zuge des Programms vergeben werden. Nicht durchsetzen konnte sich die Opposition allerdings mit der Forderung, dass die Erteilung der Staatsbürgerschaft an einen Wohnsitz in Malta gebunden werden solle.

In der Praxis kam es in Malta schon bisher vor, dass es für viel Geld einen Reisepass gegeben hat. Prominentestes Beispiel ist Rachat Alijew. Dass der einstige Botschafter Kasachstans in Wien und ehemalige Schwiegersohn von Präsident Nursultan Nasarbajew auf Malta an einen Reisepass gekommen war, brachte 2013 den damaligen Außenminister Maltas und nunmehrigen EU-Kommissar Tonio Borg in Bedrängnis, weil Alijew Morde, Misshandlungen, Geldwäsche und andere Verbrechen zur Last gelegt werden.¹

Auch das Europäische Parlament hat sich äußerst kritisch zum Staatsbürgerschaftsprogramm Maltas geäußert. Am 16. Januar 2014 warnte das Parlament mit Stimmen aus den grünen, liberalen, sozialdemokratischen und christdemokratischen Fraktionen vor dem Verkauf der Unionsbürgerschaft, sei diese doch eine der „größten Errungenschaften“ der Gemeinschaft. Das Parlament rief die Kommission auf, derartige Programme zu prüfen. In anderen EU-Staaten erhielten reiche Investoren zunächst eine Aufenthaltserlaubnis und erst nach einigen Jahren die Einbürgerung. Ein krimineller Missbrauch der Investitionsprogramme etwa zur Geldwäsche sei nicht auszuschließen, heißt es in der Entschließung. Die Unionsbürgerschaft dürfe keine „Ware wie jede andere werden.“² Da Malta Mitglied des Schengen-Raums sei, könne künftig „jeder Mafioso einen maltesischen Pass kaufen und sich dann in Paris oder Rom niederlassen“, kritisierte die französische Konservative

1 Vgl. Euractiv, 14.01.2014, <http://www.euractiv.de/soziales-europa/artikel/eu-parlament-debattiert-maltas-geschäftsplane-mit-reisepassen-008420>.

2 Vgl. European Parliament, Joint Motion for a resolution, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+P7-RC-2014-0015+0+DOC+XML+V0//EN>.

Véronique Mathieu Houillon. Auch EU-Justizkommissarin Viviane Reding äußerte sich kritisch. „Die Unionsbürgerschaft ist nicht zu verkaufen“, betonte sie vor dem Plenum.³ Allerdings kann weder das Europäische Parlament noch die Kommission Programme zum Verkauf der Staatsbürgerschaft unterbinden, die Kompetenzen liegen hier bei den Mitgliedstaaten.

Die Krise in der Eurozone der vergangenen Jahre hat gelehrt, dass Staaten und Volkswirtschaften immer dann unter Druck geraten, wenn sich drei Entwicklungen gegenseitig verstärken: eine exzessive Verschuldung, Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und in Bedrängnis geratende Finanzinstitute. Malta ist hier besonders gefordert, weil sein Finanzsektor eine enorme wirtschaftliche Bedeutung hat. Nach Luxemburg weist Malta gemeinsam mit dem bereits gestrauchelten Zypern den größten Finanzsektor in der EU auf. 2012 erreichte die Bilanzsumme der Malteser Finanzinstitute einen Wert, der 790% des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Damit ist Malta gegen externe Schocks verwundbar. Auch wenn Institutionen wie der Internationale Währungsfonds Malta immer wieder auffordern, den Finanzsektor unter Kontrolle zu halten, gibt es bislang keine Anzeichen dafür, dass dieser in Schieflage zu geraten droht. Ein Grund liegt darin, dass Maltas Finanzinstitute anders als in Zypern nicht so stark in den Krisenländern investiert haben. Bei den übrigen Parametern stellt sich die Lage in Malta relativ stabil dar. Hatte Malta sein Haushaltsdefizit vor dem Beitritt zur Eurozone 2008 abgebaut, so stieg dieses in den Folgejahren und wurde nach dem Höchstwert von -6,4% des BIP langsam wieder reduziert. 2013 lag es dann mit -2,8% des BIP unter dem in der Eurozone zulässigen Maximalwert von 3%. Allerdings stieg die Staatsschuld von 70,8% im Jahr 2012 auf 73,0% im Jahr 2013. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Wirtschaftswachstum 2013 mit 2,4% durchaus beachtlich war. Steigende Staatsausgaben sind auf die Beschäftigung im öffentlichen Sektor, Sozialausgaben und Finanzhilfen für die Fluggesellschaft Air Malta zurückzuführen.⁴ Gemessen an den realen effektiven Wechselkursen hat sich Maltas Wettbewerbsfähigkeit 2013 verschlechtert. Betrug die Wechselkurse 2011 noch 108,41 und im Folgejahr 108,03 gegenüber den 37 wichtigsten Handelspartnern, so erreichten sie 2013 den Wert von 111,94.⁵

15 Jahre hatten die Konservativen von der Nationalist Party die Insel regiert, doch im März 2013 wurden sie von den Sozialisten abgelöst. Hatte die Labour Party 2008 noch 48,8% der Stimmen errungen, so steigerten sie sich 2013 auf 54,8%. Waren die Sozialisten in der Vergangenheit eher als EU-kritische und wenig wirtschaftsfreundliche Kraft in Erscheinung getreten, so bemühte sich der neue Ministerpräsident dieses Image zu korrigieren. Er wolle die Regierung fernab von der alten Parteiideologie und als unternehmerfreundlich positionieren, betonte Joseph Muscat.⁶ Von 2004 bis 2008 hatte Muscat dem Europaparlament angehört. Die Nationalist Party verlor gegenüber der Vorgängerwahl 6% und kam auf 43,3%. Bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 verlor die Labour Party leicht. Kam sie 2009 noch auf 54,77% der Stimmen, so waren es 53,39% bei den Wahlen 2014. Bei den Konservativen blieben die Ergebnisse mit 40,49% (2009) und 40,02% (2014) stabil.

3 Vgl. Handelsblatt, 17.01.2014, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/kritik-an-malta-eu-parlament-missbilligt-verkauf-von-eu-staatsangehoerigkeit/9343612.html>.

4 Vgl. European Commission, European Economic Forecast, Spring 2014, S. 81.

5 Vgl. Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdec330&plugin=1>.

6 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2014, S. 20.